

Ausbildung in Corona-Zeiten
Stellungnahme der Sachverständigen Elke Hannack
Enquete-Kommission "Bildung in der digitalen Arbeitswelt"
am 29. Juni 2020

1. Zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt

- Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist kompliziert. Zurzeit ist ein Einbruch bei Angebot und Nachfrage zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete das Handwerk Ende Mai einen Rückgang von 18,3 Prozent bei den eingetragenen Ausbildungsverträgen¹. Bei den Industrie- und Handelskammern wurden bundesweit im Vergleich zum Vorjahr Ende Mai 17 Prozent weniger Ausbildungsverträge verzeichnet. In allen Bereichen gibt es natürlich sehr große Unterschiede je nach Branche und Region.
- Zu diesem Zeitpunkt sind allerdings erst ein Teil der Ausbildungsverträge unterzeichnet. Wenn es auch schwer wird: Es besteht noch die Chance in den kommenden Wochen aufzuholen und mehr Jugendliche und Ausbildungsbetriebe von der Ausbildung in diesem Jahr zu überzeugen.
- Nach einer Prognose des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) könnte die Zahl der Neuverträge erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik auf deutlich unter 500.000 sinken – von 525.000 (2019) auf nur noch bis zu 460.000 Verträge².
- Besonders betroffen sind laut Bundesinstitut für Berufsbildung Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss. Sie können auch nicht auf ein Studium oder eine Ausbildung in den Gesundheits- oder Sozialberufen (Zugangsvoraussetzungen) ausweichen – und sind dringend auf einen Ausbildungsplatz im dualen System angewiesen.
- Die Corona-Krise könnte folglich bestehende soziale Ungleichheiten auf dem Ausbildungsmarkt drastisch verschärfen. Während Abiturientinnen und Abiturienten sich ihren Ausbildungsbetrieb in aller Regel aussuchen können, blieb Jugendlichen mit Hauptschulabschluss schon vor der „Corona-Krise“ die Hälfte der Ausbildungsberufe faktisch verschlossen. Das bestätigt ein Blick auf erste Zahlen aus dem Berufsbildungsbericht 2020³ und den Bildungsbericht 2020⁴. Deutliche Unterschiede auf dem Ausbildungsmarkt bestehen laut Bildungsbericht „nach Schulabschluss, Migrationshintergrund und sozialer Herkunft. So gelingt nur 34,0 Prozent der Jugendlichen mit maximal einfachem Hauptschulabschluss der schnelle Übergang in eine duale oder vollzeitschulische Maßnahme.“ Unter dem Strich erreichen laut Berufsbildungsbericht 2020 der Bundesregierung exakt 33,0 Prozent der Jugendlichen (20 bis 34 Jahre) mit Hauptschulabschluss keinen Berufsabschluss.
- Das Problem: Bilden Betriebe auch nur vorübergehend nicht aus, sind sie mitunter ganz für die berufliche Bildung verloren. Von dem Einbruch der Finanzkrise hat sich der Ausbildungsmarkt nie erholt. Wurden vorher deutlich mehr als 600.000 Ausbildungsverträge im Jahr abgeschlossen, sind es nun nur noch 525.000.

¹ Zum Vergleich: Im Krisenjahr 2009 hatte das Handwerk zum gleichen Zeitpunkt ein Minus von „nur“ 10 Prozent verzeichnet. Das deutet darauf hin, dass die Corona-Krise noch gravierendere Auswirkungen als die Finanzkrise hat.

² Vgl. Maier, Tobias: Auswirkungen der „Corona-Krise“ auf die duale Berufsausbildung – Risiken, Konsequenzen und Handlungsnotwendigkeiten, Bonn 2020

³ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Berufsbildungsbericht 2020, Bonn 2020

⁴ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2020, Bielefeld 2020

2. Zur grundlegenden Einschätzung des Bundesprogramms „Ausbildungsplätze sichern“

- Der Schutzschirm für Ausbildung kommt gerade noch rechtzeitig vor dem Start des neuen Ausbildungsjahrs. Er kann helfen, den Corona-Einbruch auf dem Ausbildungsmarkt abzumildern. Zurzeit ist ein Einbruch sowohl bei den angebotenen Ausbildungsplätzen als auch bei der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber zu sehen. Deshalb ist es höchste Zeit für mehr Schwung auf dem Ausbildungsmarkt. Damit wir von der Corona-Krise nicht in die Ausbildungskrise stolpern, müssen die jetzt beschlossenen Maßnahmen schnell umgesetzt und von den Unternehmen auch genutzt werden.
- Die Gewerkschaften drängen seit Beginn der Krise auf umfassende Hilfen für Jugendliche und Ausbildungsbetriebe, viele Vorschläge der Gewerkschaften finden sich nun im 500-Millionen-Paket der Bundesregierung wieder. Unternehmen, die Auszubildende aus insolventen Firmen übernehmen und sie weiter ausbilden, erhalten künftig eine Prämie. Betriebe werden auch gefördert, wenn sie im Verbund ausbilden – das heißt, die Auszubildenden lernen dann nacheinander in zwei oder mehreren Betrieben. Und stark von Kurzarbeit betroffene Firmen, die ihre Auszubildenden und das Ausbildungspersonal aber nicht in Kurzarbeit schicken, bekommen ebenfalls eine Förderung. Das ist ein beachtliches Paket und sendet ein starkes Signal an Ausbildungsbetriebe und Jugendliche: Wir kämpfen um jeden Ausbildungsplatz.
- Wichtig ist auch, dass die Bundesregierung betriebliche Ausbildung nicht mit der Gießkanne fördert. Die allgemeine Ausbildungsprämie für Betriebe, die ihr Ausbildungsengagement halten oder ausbauen, fließt nun – anders als zunächst im Konjunkturpaket der Koalition vorgesehen – nur in kleine und mittlere Betriebe, wenn sie coronabedingte Umsatzeinbrüche nachweisen können oder von Kurzarbeit betroffen sind. Das ist für die Gewerkschaften eine wichtige Präzisierung, denn gesunde Ausbildungsbetriebe brauchen keine Subventionen.
- In der Corona-Krise zeigt sich, dass Sozialpartnerschaft in der Ausbildung funktioniert. Es war die Allianz für Aus- und Weiterbildung, in der Bund, Länder, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände die Grundzüge dieses Konzepts entwickelt haben. Die Allianz muss jetzt die Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt weiter im Blick haben. Sollte sich die Krise der Ausbildung weiter verschärfen, sind weitere neue Maßnahmen zu ergreifen. Wir müssen am Ball bleiben.
- Schon in der Allianz für Aus- und Weiterbildung vereinbarte zusätzliche Programme sind umzusetzen. Dazu zählt zum Beispiel eine befristete Förderung außerbetrieblicher Ausbildung in Regionen mit einem besonders angespannten Ausbildungsmarkt. Laut Bildungsbericht 2020 weisen 21,0 Prozent der Arbeitsagenturbezirke einen stark von Nachfrageüberhängen geprägten Ausbildungsmarkt auf. Hier muss der Bund tätig werden.

3. Zu den Leitfragen

- *Wie kann der aktuell rasante Schub in Richtung Digitalisierung dauerhaft in die Aus- und Weiterbildung integriert werden?*

Nötig ist eine bessere bauliche und digitale Ausstattung der beruflichen Schulen. Deshalb müssen Bund, Länder und Schulträger zusammen mit den Sozialpartnern einen Pakt zur Stärkung der Berufsschulen entwickeln, um insbesondere die technische Ausstattung der Berufsschulen zu modernisieren, die regionale Versorgung mit Berufsschulen zu sichern

und gleichzeitig die Rahmenbedingungen für die Sicherung des Lehrkräftenachwuchses zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Beim Lernort Betrieb kommt es vor allem darauf an, dass die Unternehmen den Gestaltungsspielraum nutzen können, den ihnen die Ausbildungsordnungen geben. Hier muss die Qualifizierung des betrieblichen Ausbildungspersonals im Vordergrund stehen.

- *Wie kann eine Vertiefung der digitalen Spaltung vermieden werden?*

Vor allem durch eine gute Ausstattung der beruflichen Schulen. Ein Unterrichtskonzept nach dem Prinzip „bring your own device“ könnte die Spaltung eher noch befördern.

- *Wie kann man aus der Situation lernen und sich auf künftige Krisen besser vorbereiten?*

Die duale Berufsausbildung ist grundsätzlich sehr konjunkturabhängig. Mit wirtschaftlichen Krisen droht jeweils in Krisenfällen ein Einbruch der Vertragszahlen (siehe Finanzkrise und Corona-Krise). Schon vor der Krise hingen die Ausbildungschancen der jungen Menschen ganz wesentlich von ihrem Wohnort, ihrem Schulabschluss und dem Pass ihrer Eltern ab. Diese Polarisierung droht sich in Krisenfällen immer wieder zu verschärfen. Es sollte deshalb ein Maßnahmenbündel bereit gestellt werden, das in erster Linie betriebliche Ausbildung stärkt (wie jetzt auch beim Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“).

Ergänzend wird aber in Krisen die duale Berufsausbildung ohne ein befristetes, ergänzendes Hochfahren der außerbetrieblichen Ausbildung nicht funktionieren. Laut Berufsbildungsbericht 2020 der Bundesregierung wurden etwa 525.000 Ausbildungsverträge 2019 abgeschlossen, nur 2,7 Prozent davon waren außerbetrieblich. Sollte diese Quote in Krisenzeiten auf rund fünf Prozent steigen, wäre dies kein Systemwechsel von einer betrieblichen zu einer trägergestützten Ausbildung. Man könnte aber ein starkes Ansteigen der Ausbildungslosenquote und damit massive Investitionen in Nachqualifizierung vermeiden. Hier könnte die Ausbildungsgarantie in Österreich ein Vorbild sein, das auch ein duales Ausbildungssystem hat.

- *Was muss getan werden, damit der Anteil der ausbildenden Unternehmen nicht zurückgeht?*

Es gibt zurzeit eine ungerechte Lastenverteilung zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Unternehmen. Während weniger als 20,0 Prozent aller Betriebe Fachkräfte ausbilden, profitieren 100 Prozent aller Unternehmen von den qualifizierten Fachkräften. Deshalb ist ein fairer Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Betrieben wichtig. Es sollte ein Zukunftsfonds zur Fachkräftesicherung eingerichtet werden, in den alle Unternehmen einzahlen und aus dem innovative betriebliche Modelle der Ausbildung finanziert werden.